

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M.
unter Eingeladn. 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Versicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 276

Sonntag, 27. November

1921

Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt
unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 - Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte - Stahlkammer

Niederlassungen:
Dresden
Augustusstraße, Ständehaus
Fernspr. 17968, 21904, 23773
Depositenkasse am Hauptbahnhof
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 20397
Leipzig
Grimmaischer Steinweg
Zwickau
Hauptmarkt

Neue Gesetzentwürfe.

(St. K.) Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 26. November beschlossen, dem Landtage folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:
1. den Entwurf eines Gesetzes über die Entgeltung der Beamtenbezüge,
2. den Entwurf eines Gesetzes über die Erbschaftsteueränderung der Landtagsabgeordneten, und
3. den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Brandversicherungsgesetz.

Die neue Kohlensteuer.

(Eigene Meldung.)

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, ist der Gesetzentwurf über die neue Kohlensteuer fertiggestellt worden und liegt nun dem Reichstag vor. Er soll schon in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen. Der Gesetzentwurf verzichtet auf eine unterschiedliche Behandlung des Hausbrandes, was für die Kohlensteuer in Zukunft nicht gleich nach den Verkaufspreisen zu erheben, sondern den inneren Wert der Kohle in den verschiedenen Bergbaubezirken zugrunde zu legen. Es ist der Grundgedanke aufgestellt worden, daß die Kohlen, die den gleichen Wert an reichem Gehalt an Wärmeinheiten haben, den gleichen Steuerbetrag tragen sollen. Die Kohle der verschiedenen Bergbaubezirke wird also verschiedene Prozenthöhe erhalten. Bei den eingeführten Kohlen konnte eine große Differenzierung nur in beschränktem Maße erfolgen. Die Erträge der erhöhten Kohlensteuer sind schon früher auf 12 Milliarden Mark geschätzt worden. Allerdings muß man bei den neuen Berechnungen in Betracht ziehen, daß uns die oberirdische Einfuhr verperrt ist, die nicht vorhersehbar groß gewesen ist, trotzdem gerade die oberirdische Kohle zu Reparationslieferungen bezogen wurde. Immerhin rechnet man im Jahre mit einer Einnahme von 10 Milliarden Mark durch eine 40prozentige Erhöhung der Kohlensteuer.

Ein Beamtenräte-Gesetz.

(Eigene Meldung.)

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß sich zur Zeit ein Beamtenräte-Gesetz in Ausarbeitung befindet, das den Beamten das Recht in ihren Einheiten in die Betriebe gewähren soll. Der Gesetzentwurf hat bisher nicht unbedingte Aussicht auf Annahme, da die Gegner eines solchen Gesetzes sich wehren.

Die neuen Forderungen der Beamten.

(Eigene Meldung.)

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, können die neuen Forderungen der Beamten, die daraus bestehen, daß den neuen Steuerungsverhältnissen im Reich Rechnung getragen werden müßte, nicht soweit berücksichtigt werden, daß eine neue Entlohnung in die einzelnen Ortsklassen erfolgt. Wogegen hierfür ist vor allem das Verhalten der Entente, die eine weitere Erhöhung der Beamtengehälter kaum dulden würde, solange die nächsten Reparationszahlungen nicht gewährleistet sind. Auf der anderen Seite ist aber auch der Staat zu sehr belastet, als daß er eine neue, wesentliche Erhöhung der Gehälter tragen könnte. Man wird von Regierungseite den Beamten

Deutschlands Schulden.

Der zunächst harmlose und wie es schien auf Deutschland Rücksicht nehmende Vorschlag des „Bundes deutscher Industrieller“, den wir gestern zur Kenntnis unserer Leser brachten, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein der egoistischer Forderung plan englischer Kapitalisten, der nicht mehr und nicht weniger im Schilde führt, als eine Überleitung deutschen Vermögens in englische Hände. Man ist einerseits der Ansicht, daß die deutschen Reparationszahlungen herabgemindert werden sollen, und will, daß wir durch Lieferungen und Arbeitsleistungen größtenteils unsere Schulden decken, aber man will diese deutschen Lieferungen dadurch einengen, daß man uns nicht etwa die Aufgabe von Fertigfabrikaten zugewöhnt, sondern nur Rohstofflieferungen, die für England keine Konkurrenz bedeuten. Es bleibt ein Mittel, wie durch Lieferungen von Holz, Holz und Kohle Deutschland Milliarden von Goldmark abtragen soll. Der englische Markt für Fertigfabrikate soll dem deutschen Handel verschlossen bleiben. Man will andererseits sich aber dadurch sichern, daß man die Erfassung der Goldwerte durch die deutsche Regierung propagiert und von dieser verlangt, als Sicherheit oder als Reparationsleistung Vorzugsaktien aller deutschen industriellen Unternehmungen, erste Hypotheken auf Grundstücke, Anleihen an den Verkehrsbetrieben, den Eisenbahnen, den Kanälen, den Schiffahrtslinien und sogar an den deutschen Banken und Großhandelsunternehmen an den Verband abzugeben. Dieser soll berechtigt sein, diese Goldwerte an Private weiter zu verkaufen. Das heißt: eine Überleitung deutschen Vermögens und der deutschen Industrie zum größten Teil in ausländische Hände. Versuchen wir durch derartige Zwangsmaßnahmen unsere Verpflichtungen zu erfüllen, so liefern wir uns nach und nach dem Ausland aus, um schließlich einzuliegen, daß wir alles, was wir besitzen, bezahlt haben und letzten Endes doch vor die Erklärung gestellt werden, daß wir weiter nichts zu geben, weiter nichts zu zahlen vermögen. Daß die Forderungen des Ultimatum unerfüllt und unerfüllbar sind, hat auch, wie das Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Kraemer, also eine kompetente Persönlichkeit, im Bericht der Berliner Kaufleute ausführte, der Londoner Baron Rothschild zugegeben, der die Ultimatumforderungen für einen kompletten Stillstand erklärte. Unsere Industrie steht, wenn wir den Ausführungen des

Direktors Kraemer weiter folgen, ein, daß sie alles tun muß, um die Gefahr, die jetzt für Deutschland besteht, abzuwenden. Sie will offen, soweit sie dazu in der Lage ist. Dabei rechnet sie mit der jedem Einzelnen längst bekannten Tatsache, daß über kurz oder lang schließlich eine Revision der Ultimatumforderungen folgen müsse. Direktor Kraemer weist darauf hin, daß unsere Ausfuhr sich von Monat zu Monat verringert, daß wir also mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch wahrscheinlich im Frühjahr zu rechnen haben und Rohstoffe in Deutschland nur noch bis Mai vorhanden wären. Die's Bild stimmt in den Rahmen, das andere Sachverhalte von der Lage entwerfen haben. Sie waren der Auffassung, daß die Wintermonate die Katastrophe vorbereiten und im Frühjahr der Zusammenbruch erfolgen müsse. Nun wird neuerdings über Paris gemeldet, daß Lloyd George eine Finanzkonferenz propagiert, die Anfang des neuen Jahres einberufen werden soll. An diese Konferenz hätte man seine Hoffnung. Im Frühjahr nächsten Jahres werde auch für England die Lage so sein, daß es in der Finanzkonferenz den Standpunkt vertreten müsse, daß die Hilfe Deutschlands und die Sanierung der deutschen Finanzen auch für England die einzige und gegebene Hilfe sei. Tatsächlich ist, da man nach Prüfung der Lage keinen anderen Ausweg aus dem augenblicklichen Dilemma sieht, als die Hilfe der Industrie, die Zahlung der Industrie von Bedeutung. Hugo Stinnes ist von London nach Deutschland zurückgekehrt. Und wie es heißt, soll es ihm gelungen sein, in englischen Kapitalkreisen Bereitwilligkeit für die Gewährung von Krediten für die deutsche Industrie zu wecken. Die Befähigung wird man abwarten müssen. Aber wünschen möchte man, die Reise Stinnes' sei nicht vergeblich gewesen. Und wünschen möchte man, daß es auch in anderen neutralen Ländern gelänge, Kredite für die deutsche Industrie zu gewinnen. Damit würden die ersten Schwierigkeiten beseitigt und Deutschland in den Stand gesetzt, die Reparationszahlungen am 15. Januar n. J. zu leisten.

Wright erklärte in einer Rede in New York: Die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn drei Maßnahmen getroffen würden: 1. Revision des Versailler Vertrages, 2. Auslieferung der alliierten Kriegsschulden, 3. Befreiung der Zollbarrieren.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

London, 26. November. Lord Robert Cecil trat in einer Rede in Grosvenor für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein und sagte, Frankreich müsse in dieser Frage die Führung übernehmen.

Der Vertrag von Angora.

Paris, 26. November. Habas meldet aus London: Die Note der englischen Regierung an die französische ist vom englischen Kabinett genehmigt worden. Sie wird der französischen Regierung wahrscheinlich morgen vormittag zugehört werden. Bis zur Regelung der durch den Vertrag von Angora hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten traf die britische Regierung Maßnahmen, um ihre Interessen in Kleinasien wahrzunehmen. Sie beschloß, zu diesem Zwecke ein Kriegsschiff nach Mesina zu entsenden.

Ermordung Djemal Paschas.

Konstantinopel, 26. November. (Havas.) Nach unbestätigten Nachrichten soll der ehemalige Marineminister Djemal Pascha in Kabul in Afghanistan ermordet worden sein.

Die Neuregelung des Amtsblattwesens.

Von Oberregierungsrat Dr. Ernst Boehm.

III.

Gründe der Neuregelung. Verschiedene Pläne.

Drei Gründe waren es, die nach der Revolution eine Neuregelung des Amtsblattwesens erforderlich machten. Die bisherige Ausbreitung der Amtsblattverteilung wurde bereits erwähnt. Die beiden anderen Gründe waren die Verwirrung, in die infolge des Krieges das amtliche Bekanntmachungenwesen geraten war, und schließlich die Tatsache, daß das Amtsblattwesen, trotz gelegentlichen unwillkürlichen Verschärfungen, in der Hauptsache auf dem Zustande beharrt war, in dem man es auf Grund des Organisationsgesetzes von 1855 um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgebildet hatte, aber den aber inzwischen die Entwicklung des sächsischen Pressewesens vielfach hinausgewachsen war.

Um gleich bei dem letzten Stande zu bleiben. Die starke industrielle Entwicklung Sachsens während der letzten Jahrzehnte und die damit verbundene Zunahme seiner Bevölkerung (1855: 2.009.176, 1919: 4.663.296 Einwohner) hatte manches Dorf und manche kleine Stadt zu ansehnlichen Städten heranwachsen lassen, namentlich in den Gebieten des Steintohlenbergbaues und der aufblühenden Textilindustrie. In diesen Städten war naturgemäß auch eine örtliche Presse zur Entwicklung gelangt. Das Amtsblattwesen hatte aber mit diesen Veränderungen nicht Schritt gehalten. Ältere Zeitungen, die unter früheren und einfacheren Verhältnissen solche Gebiete so gut wie allein beherrschten hatten und deshalb zu Amtsblättern gemacht worden waren, behielten die damit verbundenen Vorrechte in die jüngere Zeit. Ein solches Blatt war auf diese Weise z. B. Amtsblatt für zwei amtshauptmannschaftliche und sechs amtsgerichtliche Bezirke, sowie für neun Städte geworden. In einigen dieser Bezirke kam dabei ein Stück des Blattes noch nicht auf 20 Einwohner, in einem noch nicht auf 40, in einem anderen noch nicht auf 300. Eine andere Zeitung war Amtsblatt von zwei amtshauptmannschaften, fünf amtsgerichten und drei Stadträten und erreichte nur in den Gebieten zweier dieser Behörden eine solche Verbreitung, daß auf 10 oder weniger Einwohner je ein Stück des Blattes fiel. Dieser Zustand bedeutete für eine ganze Reihe emporgeschobener Lokalblätter eine erhebliche Schädigung. Man muß selbst längere Zeit in kleineren Städten gelebt haben, um die Bedeutung der Lokalpresse recht würdigen zu können. Sie ist ein berufener und wichtiger Fleck des geistigen Lebens einer solchen Stadt. Was in dieser an Konzerten, Theateraufführungen, Reden, Vorträgen veranstaltet wird, findet in dem Ortsblatt den zum Gelingen erforderlichen Widerhall. Es bietet die geistige Arena, in der die Gegensätze örtlicher Interessen ausgefochten und gelöst werden. Es allein ist in der Lage, eingehende Berichte über die Tätigkeit der Stadtverwaltung und der städtischen Körperschaften zu geben. Ein wichtiges Stück städtischen Eigenlebens ist daher mit ihrer Lokalpresse verwachsen, und es schädigt dieses Eigenleben, wenn man einem so wichtigen Organ, wie der Ortspresse, wirtschaftliche Vorteile vorzieht, auf die sie einen billigen Anspruch hat, der ihr andernwärts ohne weiteres eingeräumt wird. Auch das wünschenswerte Zusammenarbeiten der örtlichen Behörden mit der örtlichen Presse muß darunter leiden, das sehr verfehden ist von der unzulässigen Beeinflussung der Presse durch behördlichen Zwang.

Wichtiger für die Neuregelung war aber der zweite der erwähnten Gründe. Infolge des

vielleicht dahin entgegenkommen, daß neue Steuerungsanlagen gewährt werden, welche die Beamten insstand setzen, der neuen Steuererhebung ohne Gefahr zu begegnen.

Deutschland und Rußland auf der Abrüstungskonferenz.

„Daily Express“ meldet aus Washington: Präsident Harding habe gestern nachmittag angekündigt, daß Deutschland wahrscheinlich zur Abrüstungskonferenz vor ihrer Vertagung eingeladen werde. Es werde auch vorgeschlagen, daß Rußland eingeladen werde. Dies werde als Antwort Harding auf die Rede Velands angesehen, der das große französische Heer mit der deutschen und russischen Gefahr begründete.

Eine Erziehungsmeldung aus Washington besagt, daß das Weiße Haus für die Einladung Deutschlands und Rußlands und möglicherweise auch anderer Nationen vor der Vertagung der Abrüstungskonferenz eintrete. Die jetzt vertretenen Länder hielten es für wünschenswert, daß Frankreich und Rußland sowie die anderen Länder die Beschlässe der Konferenz sanktionierten.